

inoffizielle dritte Amtssprache eingeführt, in der alle Gesetze, Verordnungen u. dgl. neben Afrikaans und Englisch veröffentlicht wurden. Ebenso die verschiedenen deutschen Kirchen und Missionsanstalten. Erstaunlicherweise wurden die Deutschen in SWA auch während des Zweiten Weltkrieges nicht etwa kurzerhand enteignet, des Landes verwiesen oder in Lagern untergebracht. Letzteres wurde nur gegen einen Teil der männlichen deutschen Bevölkerung aus besonderen Gründen veranlaßt. Nach dem Ende des Krieges kehrten auch sie fast alle auf ihre Farmen und zu ihren sonstigen Berufen zurück; allein die Zahl der heute noch oder wieder in SWA/N lebenden Deutschen – 25 000 – widerlegt die Annahme einer rücksichtslosen Afrikanisierungspolitik der Mandatsmacht. Die Zahl der in SWA/N lebenden Deutschen ist jedenfalls heute um ein Vielfaches höher, als je im kaiserlichen Schutzgebiet SWS gelebt haben.

Andererseits hatte die RSA nicht immer und für alle Zeiten dem Gedanken entsagt, SWA/N in ihr Staatsgebiet als fünfte Provinz einzugliedern. Der Mandatsstatus als solcher hätte dem nicht entgegengestanden. Den deutlichsten Schritt in diese Richtung hat die RSA mit ihrem 1940 versuchten Antrag auf völlige Einverleibung bei den Vereinten Nationen unternommen. Als der Antrag, wie zu erwarten, zurückgewiesen wurde, erließ die RSA im Jahre 1950 den South West Africa Affairs Amendment Act, auf Grund dessen das Land nunmehr in das südafrikanische Parlament 17 Abgeordnete zu wählen hatte und auch im Senat der RSA vertreten war; zu den in den Senat berufenen Volksvertretern gehörten u. a. auch zwei hervorragende deutsche Vertreter, der Sprach- und Kulturforscher Vedder und nach ihm der langjährige Rektor der deutschen Regierungsschule in Windhoek, Frei. Erst um die Wende der sechziger zu den siebziger Jahren schlug die RSA einen anderen Kurs ein, den auf Selbstständigkeit abzielenden, allgemein als Turnhallen-Kurs bezeichneten Kurs, der im Jahre 1975 zum Zusammentritt der sog. Turnhallen-Versammlung, die – aus Vertretern aller Völkerschaften unter dem englischen Vorsitzenden Dirk Mudge zusammengesetzt – den Entwurf einer Verfassung für das Land als selbständiger, unabhängiger Staat auszuarbeiten hatte, welchen Auftrag die Turnhallenversammlung auch erfüllte. Mit diesem Markstein in der Geschichte des Landes entfielen natürlich auch die bisher in die südafrikanischen Gesetzgebungskörperschaften zu berufenden Abgeordneten und Senatoren. Bis in diese Tage hinein wird die SWA/N-Szene die Turnhallen-Verfassung beherrscht haben, die aber nach anfänglicher anderer Einstellung der RSA auch noch nicht das letzte Wort in der Verfassungsgebung für das neue SWA/N sein soll. Es verwundert ein wenig, daß das hier besprochene Werk mit keinem Wort auf diese Entwicklungen einzugehen für nötig befunden hat. Die SWA Affairs Amendment Act von 1950 und der von der Turnhalle ausgearbeitete Verfassungsentwurf von 1977 hätten zumindest kurz erwähnt werden sollen, was aber, wie zum Schluß wiederholt sei, den Wert der Arbeit nicht in Frage stellt.

Helmut R. Külz

COULSON, MICHAEL C.

**Arab Politics – The Search For Legitimacy**

Yale University Press, New Haven-London 1977

Der Verfasser analysiert die politische Situation in den Staaten der arabischen Welt. Sein Buch ist in zwei annähernd gleich große Teile gegliedert, deren erster die Darstellung der drei Hauptmodelle für sozialen Wandel umfaßt – also mehr theoretisch orientiert ist –, deren zweiter die praktische Bewältigung des Legitimitätsproblems an Beispielsfällen einzelner arabischer Staaten darstellt. Bedauerlicherweise ist nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien die Auswahl getroffen wurde, warum z. B. Pakistan und der Iran nicht angesprochen wer-

den – oder sollte dort bereits ein modus vivendi zwischen Regierung und Regierten gefunden worden sein?

Das aktuelle politische Geschehen sieht der Verfasser als Ausfluß der allen arabischen Staaten gemeinsamen Problematik, eine legitime Basis ihrer Herrschaft zu finden. Die Schwierigkeiten, zwischen Moderne und Tradition politische Stabilität zu erlangen, treten gleichermaßen in Monarchien wie in Republiken der arabischen Welt auf; nur scheint der Blickwinkel, aus dem heraus die Problematik angegangen wird, ein anderer zu sein. Während konservative Regierungen wie Saudi-Arabien die Anpassung an die Moderne suchen, ohne traditionelle Systeme in einer neuen nationalen Identität auflösen zu wollen, suchen republikanische Staaten, die sich von vornherein durch ihre Entstehungsgeschichte (Staatsstreich, Revolution) der Moderne verschrieben haben, eine Verbindung zu traditionellen Formen herzustellen und damit die Basis für die Legitimität bisheriger Herrschaft nicht völlig zu beseitigen.

Der Verfasser prognostiziert bereits eingangs seines Buches eine unsichere Zukunft für die arabischen Staaten, da das Legitimitätsproblem in keinem von ihnen bisher gelöst erscheint und eine Entscheidung für ein modern-nationales Nationalitätsbewußtsein als Legitimitätsbasis ihm ebenso fraglich erscheint wie das Wiederaufleben eines klassisch-islamischen Bewußtseins, das schließlich in eine Theokratie mit starren Gesellschaftsformen einmünden würde. Der Ablehnung einer radikalen Lösung zugunsten der einen oder der anderen Seite als wahrscheinliche Zukunftsentwicklung steht m. E. jedoch entgegen, daß sich in der arabischen Welt heute das islamische Element verstärkt auch im politischen Geschehen bemerkbar macht. Man denke an Libyen, das durch die Entwicklung der Third International Theory eine islamische Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus schaffen wollte, an den Einfluß der Muslim Brothers in Ägypten und an das jüngste politische Geschehen im Iran. Wenn der Verfasser äußert, daß der Iran stets seine Eigenständigkeit, losgelöst vom Islam, betont habe, so gilt diese Maxime wohl nicht für das derzeitige politische Leben.

Bevor eine legitime politische Ordnung errichtet werden kann, müssen Grundfragen über die nationale Identität, die Grenzen der politischen Gemeinschaft und über gemeinsame politische nationale Interessen geklärt werden. Dem steht einmal der kulturelle Pluralismus in der arabischen Welt entgegen, man denke an religiöse Minderheiten (S'iti, arabische Juden und Christen, nicht-arabische Muslims), zum anderen aber auch an die alle arabischen Staaten betreffende Palästina-Frage, die in ihrer Vielschichtigkeit das supranationale Bewußtsein aller Araber berührt. Auch Autoritätsprobleme stehen der Errichtung einer stabilen politischen Ordnung entgegen. Während in den arabischen Monarchien die Staatsgewalt zumeist von einer Familie ausgeübt wird, also traditionelle Formen der Autorität beibehalten werden, mangelt es in den Republiken an demokratischen Herrschaftsformen, dem Bewußtsein, daß „alle Macht vom Volke ausgeht“. Das Verhalten der Bürger zu ihrer Regierung ist – wahrscheinlich mangels Erfahrung – von Unsicherheit geprägt, die Opposition ist nicht loyal, sondern subversiv, so wird sie aus Furcht vor chaotischen Zuständen bei einem eventuellen Machtwechsel unterdrückt. Zu Recht sieht der Verfasser daher für die kommenden Jahre im Gegensatz zu Äußerungen auf diplomatischer Ebene keine politische Ruhe in die arabische Welt einkehren.

Das mit großer Sachkenntnis geschriebene Buch bietet insbes. in seinem 2. Teil und dem tabellarischen Anhang über Daten politischer Anschläge in der Zeit von 1948 bis 1967 weitreichende Informationsmöglichkeiten zur politischen Entwicklungsgeschichte einzelner arabischer Staaten.

Dagmar Hohberger